



Rita Famos Sie will an die Spitze der Schweizer Reformierten.
Von Michael Meier

Jetzt kommt die Herausforderin

Am 17. Juni kommt es in Schaffhausen doch noch zu einer Kampfwahl um das schweizerische evangelische Spitzenamt: Frau gegen Mann, Zürcherin gegen Berner, Teamplayerin gegen bischöflichen Leader. Pfarrerin Rita Famos (52) fordert Pfarrer Gottfried Locher (51) heraus, der seit 2011 an der Spitze des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds steht.

Sie habe sich ihre Kandidatur gründlich überlegt, wenn auch in kürzester Zeit. Denn ihr Entscheid ist aus dem neuen Unbehagen am lange Zeit unangefochtenen Präsidenten Locher entstanden. In den letzten Wochen wurde er heftig kritisiert - teils mehr, als er es verdient hat. Zu reden gab sein bischöfliches Amtsverständnis und sein Bild der Frau und von dienstfertigen Prostituierten, zuletzt in der «Rundschau» im Schweizer Fernsehen. Die Kritik habe bei ihrem Entscheid eine Rolle gespielt, bejaht Famos. Lochers Haltung sei nicht vereinbar mit dem reformierten Kirchen- und Frauenbild. Bedauerlicherweise habe er sich nie deutlich von seinen strittigen Aussagen distanziert.

Eine interkantonale Gruppe von Gläubigen an der Basis hat Famos zur Kandidatur ermutigt. Für sie bedeutet das: Man will eine Auswahl von Köpfen haben, aber auch eine Debatte um das geistliche Amt. Der Kirchenbund ist dabei, sich eine neue Verfassung zu geben und von einem Dachverband von Kantonalkirchen zur Evangelischen Kirche Schweiz zu werden. Die Abgeordneten wünschen, dass die geistliche Leitung nicht allein im Präsidenten konzentriert ist, sich vielmehr auf die drei Führungsgremien Präsidium, Rat und Synode verteilt. Dazu passt Famos, die sich nicht als Bischöfin versteht, nicht klerikal-machtbewusst, sondern pastoral-seelsorgerisch leiten will.

Auch als (erste) Frau passt die Pfarrerin in das Spitzenamt: «Wir Reformierten sind die Kirche, die vor 100 Jahren als erste die Frauenordination eingeführt hat.» Selber versteht sie sich als moderne emanzipierte Frau, die Familie und Beruf unter einen Hut bringt und mit ihrem Mann das Pfarramt während Jahren im Jobsharing geteilt hat. Feministische Anliegen sind bei ihr nicht bloss Lippenbekenntnisse, sondern sie lebt sie selbstverständlich.

Famos bringt einen geradezu idealen Leistungsausweis mit. Seit fünf Jahren leitet sie die Abteilung Spezialseelsorge bei der reformierten Zürcher Kirche mit 80 Mitarbeitern. Zuvor war sie Pfarrerin in Uster und Zürich-Enge, sass sieben Jahre im Zürcher Kirchenparlament und war in leitender Position bei der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz. Von 2011 bis 2014 gehörte sie bereits als Ratsmitglied zum Evangelischen Kirchenbund, notabene an der Seite des jetzigen Präsidenten.

Dank Famos' Kandidatur erhält die reformierte Kirche nun das, was Gottfried Locher ihr immer gewünscht hat: Beachtung und Profil.

Zürich Die Stadtpräsidentin und ihr Kulturchef haben ein Papier zur Tanz- und Theatersituation abgeliefert. Der Erkenntnisgewinn? Ist begrenzt. Von Alexandra Kedves

Die Angst des Kulturwarts beim Theater

Das Präsidialdepartement der Stadt Zürich hat richtig geklotzt, um die Tanz- und Theaterlandschaft endlich mal gut zu sortieren. Da wurde eine teure Beratungsfirma aus Österreich hinzugezogen, ein hiesiges «Sounding Board» als beratendes Gremium aufgestellt und zudem 70 Akteure aus der Zürcher Tanz- und Theaterwelt in diversen Workshops und Befragungen an der Studie beteiligt. Erst danach haben Stadtpräsidentin Corine Mauch und Kulturchef Peter Haerle die Endresultate der gross angelegten Recherche vorgestellt. Und doch wars wohl etwas verfrüht.

Oder sollte das extra so sein, so vage und un(an)greifbar? In den nächsten sechs Monaten erst soll die «Konkretisierung» des Modells erfolgen, das sich aus Sicht der Stadt als optimal entpuppt hat. Kritische Fragen prallten daher oft an der Wand des «Das müssen wir noch anschauen» ab. Was steckt hinter dem 80-seitigen Beschrieb von Zukunftsvarianten?

Was bleibt - ausser Spesen?

Vielleicht stellt man Ende Jahr sang- und klanglos fest, dass das angedachte System, in dem die freien Gruppen und ein Teil der Häuser mit Langzeitkonzepten eine Jury überzeugen müssen, zu viel Probleme macht. Es steht auch in den Sternen, ob der Gemeinderat bereit wäre, seine Entscheidungsgewalt über die substanzielle Summe, um die es hier geht, abzugeben. Das Ergebnis der Studie hiesse dann: Ausser Spesen nichts gewesen. Die Aktion verriete sich als Nebelpetarde fürs simple Weiter-so, eine Steilvorlage für Vorwürfe aller Art.

Womöglich ist hier aber auch ein Umsturz in der Mache - sanft aufgegleist und breit abgestützt. So fällt auf, dass kein Bekenntnis zum Theater Neumarkt zu hören war: Ob sich dieses denn auch mit einem Langzeitkonzept werde legitimieren müssen? «Muss man anschauen.» Eine «Hidden Agenda» habe man nicht, hiess es. Die Jury könnte also zum Instrument werden, mit dem man hochinvasive kulturpolitische Entscheide als sachlichen Akt von Experten verkauft, auf den der Gemeinderat keinen Einfluss hat: strategisch geschmeidig angesichts manchmal ressentimentgeladener Kulturdebatten im Rat.

Dass die Zusammensetzung der Jury da essenziell ist, bestätigt der Leiter Theaterförderung der Stadt, Daniel Imboden. Man erinnert sich



Welches Theater braucht Zürich? Die Studie der Stadtpräsidentin bleibt die Antwort schuldig. Foto: Getty

hier ans sagenumwobene Positionspapier des ehemaligen Leiters Theaterförderung Plinio Bachmann, das in der Schublade verschwand. Nach der Aufregung um gesunkene Besucherzahlen am Neumarkt 2014 hielt er fest, es gebe zu viel und zu Ähnliches auf Zürcher Bühnen, und schlug, Stichwort Neumarkt, Fusionierung vor. Immerhin: Die These vom Theater-Overkill entkräftet die neue Studie klar. Aber ein Unbehagen bleibt. In den letzten Jahren standen zeitweise Neumarkt wie Winkelwiese auf der Kippe, die Politik debattierte heftig. Mit dem Juryprinzip wären solche Gewitter passé, Förderung wäre vorderhand kein Politikum, Politvehikel mehr.

Und plötzlich siehts so aus, als stünde hinter dem heissen Bemühen um die Evolution der Theater- und Tanzförderung vor allem eins: die Angst vor Ärger - Kritik von den Kulturschaffenden, daher deren Maximalbeteiligung an der Studie; und von politischer Seite. Schlichlich sich da heimlich ein böser Konsens ein? Theater ist

erlaubt, das nicht stört; das sich am abgesegneten Langzeitkonzept entlanghangelt oder zumindest an der verschärften Leistungsvereinbarung. Sicherheitshalber nimmt man die Künstler nämlich prospektiv an die Kandare statt rückwirkend. Sämtliche Subventionsempfänger müssen neu enger definierte «Leistungsvereinbarungen» unterzeichnen, deren Erfüllung kontrolliert wird. Partizipation, Nachwuchs- und Lokalkünstlereinsatz, alles wird festgeschrieben.

Umgekehrt hatten jene zwei Modelle, die den Kulturschaffenden mehr Freiheit gegeben hätten, bei der Stadt keine Chance. Weder jenes, bei dem die Gruppen unabhängig von den Häusern hätten wirtschaften können; noch jenes, das den Häusern relativ freie Hand gegeben, die Theaterkommission abgeschafft hätte. Da war das allseitige Misstrauen offenbar unüberwindbar. Aber noch so viel wohltemperierte Kontrolle kann grosse Kunst nicht herbeilenken: Diese ist jeweils ein personeller Glücksfall.

Sexuelle Gewalt Die Feministin Germaine Greer möchte Vergewaltiger milder bestrafen. Was sie mit dieser Provokation beabsichtigt, bleibt unklar. Von Michèle Binswanger

Vergewaltigung und Strafe

Einfach hat sie es sich noch nie gemacht, die australische Feministin Germaine Greer. Sie sagt, was sie denkt, sie tut es deutlich, und es kümmert sie nicht, ob das den anderen gefällt oder nicht, egal ob Männer, Frauen, Feministinnen, Kinder oder Transgender.

Jetzt hat sie es wieder getan. Im Rahmen des britischen Literaturfestivals Hay sprach sie über ihr im September erscheinendes Buch «On Rape» und platzierte dabei ein paar diskursive Bomben. Zunächst stellte sie fest, Vergewaltigungen seien in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Die meisten davon seien aber keine spektakulär gewaltvollen Verbrechen, sondern bloss schlechter, nachlässiger und unsensibler Sex. Das Rechtssystem sei mit der Ahndung denn auch überfordert, fehlendes Einverständnis vor Gericht kaum zu beweisen. Dazu müssten die Opfer erniedrigende Untersuchungen über sich ergehen lassen.

Die Täter tätowieren

Greer fordert radikales Umdenken: Die Tötlichkeit bei einer Vergewaltigung sei vom Faktor «fehlendes Einverständnis» zu trennen. Gehe es nur um Letzteres, sollen niedrige Strafen ausgesprochen werden, dafür solle man den Frauen grundsätzlich glauben - ohne Prozess. Bei brutalen Vergewaltigungen solle man dafür nur die Gewalttat bestrafen. Ausserdem seien Vergewaltiger mit einer gut sichtbaren Tätowierung zu brandmarken, so Greer. Als sei das nicht schon genug der Provokation, fügte sie noch an, sie glaube auch nicht, dass 70 Prozent der vergewaltigten Frauen unter posttraumatischem Stress litten. Sie müsse es wissen, denn sie war als 18-Jährige selber Opfer einer brutalen Vergewaltigung geworden.

Der Aufschrei über Greers Bemerkungen folgte sofort. Kritiker monierten, Greer verharmlose das Verbrechen, verhöhne seine Opfer, sie schiebe den Frauen die Schuld zu, sie sei unverantwortlich, und am besten sollte man ihr nicht mehr zuhören. Vor lauter Empörung machte sich kaum jemand die Mühe, Greers Gedanken etwas genauer zu analysieren - denn so plump, wie sie tönen, können sie ja nicht gemeint sein. Oder doch?

Ohne die Thesen ihres wissenschaftlichen Buches detaillierter zu kennen, kann man ihr den Versuch zugutehalten, Bewegung in eine festgefahrene Diskussion bringen zu wollen. Es scheint ihr in erster Linie um den juristischen Backlash zu gehen, den Vergewaltigungsopfer oft erleiden. Fehlende Einvernehmlichkeit vor Gericht zu beweisen, ist schwierig, wenn keine Tötlichkeiten im Spiel waren, und entsprechende

Prozesse retraumatisieren die Opfer nicht selten. Insofern ist Greers Idee, die Tötlichkeit härter und die fehlende Einvernehmlichkeit geringer, dafür konsequenter zu bestrafen, zumindest verständlich.

Davon abgesehen bleiben Sinn und Absicht ihrer Bemerkungen schwer nachvollziehbar. Zumal ihr bewusst sein muss, in welches diskursive Wespennest sie stösst. Mit einem aufgetragenen Schwarm wütender Feministinnen zu diskutieren, führt selten zu Lösungen.

Sie spricht von sich selbst

Zu behaupten, eine Vergewaltigung sei in den meisten Fällen bloss unsensibler Sex und nicht viel mehr als ärgerlich, trägt nicht zur Klärung der Situation bei. Was beides unterscheidet, ist nämlich genau das: Gewalt. Sie kann sich als Tötlichkeit zeigen, manchmal wird auch bloss ein Machtverhältnis ausgenutzt. Aber es geht um Gewalt. Manche Frauen verdauen das vielleicht leichter, aber für die Mehrheit derer, die jahrelang an einer solchen Gewalterfahrung leiden und kaum mehr ein normales Leben führen können, ist eine solche Bemerkung blanker Hohn.

Eine mögliche Erklärung für ihre Ansichten lieferte Greer mit folgender Bemerkung: «Frauen lieben Männer mehr, als Männer die Frauen lieben. Deshalb lassen wir uns so leicht dazu bringen, ihnen gefallen zu wollen.» Ja, es gibt Frauen, die auf Männer fixiert sind und das eigene Geschlecht verachten. Dies allen Frauen zu unterstellen, ist lächerlich. Aber vielleicht spricht Greer auch hier nicht von anderen Frauen.

Sondern letztlich nur von sich selbst.

«Greers Behauptung trägt nicht zur Klärung bei.»



Michèle Binswanger
Redaktorin Meinungen